TÜBINGEN

SPD

KOMMUNALWAHL IN TÜBINGEN

LANGFASSUNG DES KOMMUNALWAHL-PROGRAMMS DER TÜBINGER SPD

www.spd-tuebingen-2014.de

SPD

OFFEN.
FREUNDLICH.
SOLIDARISCH.

EINE GUTE STADT.
FÜR ALLE.

Die SPD in Tübingen hat in den vergangenen fünf Jahren zupackende und erfolgreiche Arbeit geleistet und dazu beigetragen, dass Tübingen eine Stadt ist, in der man gut leben kann.

Wir engagieren uns für ein solidarisches, gutes Miteinander. Die Vielfalt des Engagements und die vielfältigen Chancen der Teilhabe begründen Tübingens Attraktivität. Wir arbeiten gerne mit allen zusammen, die füreinander einstehen und sich für eine gute Entwicklung unserer Stadt einsetzen.

Die SPD in Tübingen setzt sich dafür ein, dass alle, die bei uns mit uns leben, teilhaben können an dem, was unsere schöne Stadt zu bieten hat.

Wir wissen: Auch wenn es sich gut leben lässt in unserer Stadt, gibt es noch viel zu tun. Unsere Kandidatinnen und Kandidaten sind den Idealen von Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtet. Unter diesen Leitbegriffen wollen wir Tübingen gestalten und bewegen. Besonders für die Schwächeren in unserer Stadt, die ihre Interessen weniger lautstark als andere selbst vertreten können, setzen wir uns ein.

In den letzten Jahren haben wir gemeinsam mit anderen viel erreicht für unsere Stadt:

- Die höchste Betreuungsquote für Kleinkinder in Baden-Württemberg. Jeder Familie, die einen Betreuungsplatz braucht, kann er auch angeboten werden.
- Einen deutlichen Ausbau der Schulsozialarbeit und der Ganztagsbetreuung an den Schulen.
- Bürgerbeteiligung bei Stadtplanung und großen Bauprojekten wurde zur Selbstverständlichkeit.
- Bei jedem Entwicklungsprojekt wird der soziale Wohnungsbau mitgedacht.
- Die Neugestaltung der östlichen Altstadt und des südlichen Stadtzentrums nehmen Gestalt an.
- Die Erklärung von Barcelona wird gelebt. Barrierefreiheit und Inklusion werden zunehmend zur Querschnittsaufgabe.
- Finanzen der Stadt wurden trotz der Finanzkrise konsolidiert.
- Wirtschaftsförderung findet in einer gestärkten WIT wieder statt.
- Menschen nicht-deutscher Herkunft haben künftig mit dem Integrationsbeirat eine eigene Interessenvertretung.
- Zuschussempfänger der Stadt wie freie Kita-Träger oder das Zimmertheater bezahlen ihre Beschäftigten nach Tarif.
- Es gibt eine Kulturkonzeption für Tübingen.

Unsere Bilanz der letzten fünf Jahre im Gemeinderat kann sich also sehen lassen. Sie wird uns Ansporn sein, in den nächsten fünf Jahren mit dem gleichen Engagement weiterzuarbeiten. Wir nehmen unser Programm ernst, erar-

beiten Lösungsvorschläge für die vielfältigen Herausforderungen und kämpfen für die Umsetzung. Dabei werden wir verantwortungsvoll mit den finanziellen Ressourcen umgehen. Wir wollen unsere Stadt stark machen, zugleich aber auch künftigen Generationen keine untragbaren Lasten aufbürden.

Gut leben in Tübingen – Wir werden uns ins Zeug legen!

GUT FÜR UNSERE KINDER. EINE FAMILIENFREUNDLICHE STADT.

Für Familien ist Tübingen eine attraktive Stadt. Hier leben und arbeiten die Menschen, hier wachsen ihre Kinder heran, hier verbringen sie ihre Freizeit.

Die Tübinger SPD will, dass die Familien gute Rahmenbedingungen vorfinden. Deshalb ist ihr die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besonders wichtig. Wir haben in den letzten Jahren daran mitgewirkt, dass niemand, der einen Betreuungsplatz braucht, zurückgewiesen werden muss. Tübingen ist die Stadt in Baden-Württemberg, die den höchsten Anteil an Kita-Plätzen für Kinder unter drei Jahren aufweist. In Tübingen beläuft sich der Betreuungsanteil auf über 80%, während er im Landesdurchschnitt bei 30% liegt.

QUALITÄT.

Wir wollen bei diesem Erfolg nicht stehen bleiben. Nach dem Ausbau des Betreuungsangebots muss künftig der Schwerpunkt auf Qualitätsverbesserung liegen. In den ersten Lebensjahren lernen die Kinder am meisten. Kinderbetreuung muss deshalb auch als Bildungschance begriffen werden.

Für uns steht im Vordergrund: Kinder haben ein Recht auf Bildung von Geburt an. Wir wollen deshalb eine Qualitätsoffensive für die Kinderbetreuung. Das wird damit einhergehen, dass die fachlichen Anforderungen an die Erzieherinnen und Erzieher steigen. Wir brauchen also auf die Dauer noch besser ausgebildete und auch besser bezahlte Fachkräfte. Wegen der enormen Kosten wird dies freilich nur Schritt für Schritt erreicht werden können. Hier sind das Land und auch der Bund in der Pflicht.

FLEXIBILITÄT.

Ab 2015 wird die Anzahl der Schließtage in den Kindertagesstätten von 30 auf 25 Tage reduziert werden. Dies ist für uns ein weiterer Schritt, den Eltern mehr Flexibilität bei der Arbeits- und Urlaubsgestaltung zu gewährleisten. Wir werden prüfen, ob die Anzahl der Schließtage weiter reduziert werden kann, um eine weitere Verbesserung des familienfreundlichen Angebots zu schaffen.

Auch die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten müssen noch flexibler gestaltet werden, damit Eltern den Betreuungsbedarf besser mit den eigenen beruflichen Anforderungen abstimmen können. Betroffen sind hier insbesondere Schichtarbeiterinnen und Schichtarbeiter und Menschen, die in der Pflege tätig sind.

BETREUUNG BILDET.

Der Besuch eines Kindergartens, einer Kindertagesstätte, ist auch Zutritt zu ersten Bildungsangeboten außerhalb der Familie. In der vorschulischen Kinderbetreuung wird ein wichtiger Grundstein für die Entwicklung eines Kindes und seinen späteren Schulerfolg gelegt. Aber: Der Besuch der staatlichen Schulen ist kostenlos, nicht so der Besuch einer Kinderbetreuungseinrichtung. Das ist nicht richtig.

Hier sind Bund und Land gefordert. Allein kann die Stadt die Millionenkosten für die Gebührenfreiheit der Kitas nicht schultern. Wir treten aber für eine schrittweise Annäherung an dieses Ziel ein.

FLÄCHENDECKEND.
GANZTAGESBETREUUNG AN GRUNDSCHULEN.

Fast die Hälfte der Kinder in Tübingen besucht mittlerweile einen Ganztageskindergarten. Da können sie in der ersten Klasse nicht um 12:00 Uhr mittags hungrig alleine vor der Haustüre stehen. Die SPD wird sich deshalb dafür einsetzen, dass in den nächsten fünf Jahren ein flächendeckendes Angebot an Ganztagsschulen bzw. an Ganztagsbetreuung an unseren Grundschulen geschaffen wird. Dieses Angebot sollte kostenfrei sein, wie es heute schon in der Zeit von 8:00 – 15:30 Uhr an den gebundenen Ganztagesschulen der Fall ist.

TÜBINGEN. EINE GUTE SCHULSTADT.

Tübingen ist eine Schul- und Bildungsstadt mit breitem Angebot. Unsere Schulen und die dort tätigen Lehrerinnen und Lehrer leisten hervorragende Arbeit.

Tübingen ist auch Hauptstadt der Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg. Drei sind etabliert, alle drei sind erfolgreich gestartet. Die SPD wird den Weg des längeren gemeinsamen Lernens und der gelebten Inklusion weiter unterstützen. Allerdings wird dies nicht auf Kosten anderer Schulen geschehen. An den Tübinger Gymnasien finden wir immerhin 70% aller Schülerinnen und Schüler, die eine weiterführende Schule besuchen.

Nach den großen Investitionen beim Uhlandgymnasium, dem Lindenbrunnenpavillon und der Französischen Schule müssen in den nächsten Jahren die nötigen baulichen Verbesserungen und Erweiterungen am Hechinger Eck, an der Ludwig-Krapf-Schule, an der Hügelschule, an der Winkelwiese und in Hirschau erfolgen. Wir werden darauf achten, dass sich die Schulen im Süden der Stadt entwickeln und neu ordnen können. Eine auch in finanzieller Hinsicht große Herausforderung kommt an der Geschwister-Scholl-Schule auf uns zu. Sie braucht als große Verbundschule in bedeutendem Umfang neue Räume für den Ausbau zur Ganztagesschule. Bei allen Bau- und Sanierungsvorhaben in Schulen und Sporthallen muss Barrierefreiheit zur Selbstverständlichkeit werden.

Die schulische Vielfalt ist erfreulich Das große Angebot bringt aber auch Unübersichtlichkeiten mit sich. Nach dem Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung wird die Notwendigkeit von Beratung und Orientierung zur Unterstützung vor allem bildungsferner Familien deutlich. Die SPD wird sich deshalb dafür einsetzen, dass vermehrt Bildungsberatung sowohl in der Grundschule als auch im Bereich der Kindergärten angeboten werden kann. Zu denken ist auch an eine unabhängige Beratungsstelle, wo Eltern kostenlos Rat einholen können.

Die SPD setzt sich dafür ein, dass ehrenamtliche Initiativen, die sich um Kinder aus bildungsbenachteiligten Familien kümmern, stärker gefördert werden.

GEMEINSAM ESSEN. GESUND UND BEZAHLBAR.

Am schmalen Geldbeutel der Eltern darf es nicht scheitern, wenn es um die Teilnahme an einem guten, gesunden Schulessen geht.

Die SPD hat immer dafür gekämpft, den Abgabepreis für das Schulessen mit städtischen Mitteln zu bezuschussen. Dem gemeinsamen Mittagessen kommt soziale und pädagogische Bedeutung zu. Mit dem letzten städtischen Haushalt konnte dieser Zuschuss nach hartem Ringen endlich wieder angehoben werden. Für die Schulen in der Uhland-Straße steht eine attraktive Mensa zur Verfügung. Im Schulzentrum Derendingen sind die Verhältnisse noch unbefriedigend. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt gemeinsam mit dem Landkreis auch für das Schulzentrum Feuerhägle eine Mensa baut, die von den Derendinger Vereinen auch als Veranstaltungsort genutzt werden kann.

STADT DES LEBENSLANGEN LERNENS.
UND DER KULTURELLEN BILDUNG.

Tübingen ist auch Stadt des lebenslangen Lernens. Neben den Schulen und der Universität verfügt die Stadt über eine Reihe außerschulischer Bildungseinrichtungen, die oft auch Kultureinrichtungen sind. Diese Einrichtungen müssen so unterstützt werden, dass ihre Angebote für alle Bürgerinnen und Bürger erschwinglich sind. Die Bezahlung des festangestellten Personals in diesen Einrich-

tungen muss, wo dies noch nicht geschehen ist, auf eine tarifvertragliche Grundlage mit guter sozialer Absicherung gestellt werden.

Auch die Stadtbücherei Tübingen ist ein bedeutendes Zentrum der Bildung und Begegnung. Wir wollen, dass die bauliche und räumliche Situation der Bücherei verbessert wird.

Im weiteren Sinne sind auch die Stadtteiltreffs Zentren der Bildung. Die Stärkung dieser Zentren und ihre finanzielle Absicherung für die Bildungsarbeit vor Ort müssen gewährleistet werden.

EIN HAUS FÜR FAMILIEN.

Die Tübinger SPD unterstützt die Bemühungen um die Einrichtung eines Hauses der Familie am Europa-Platz. Hier kann eine zentrale Anlaufstelle für alle Initiativen und Dienste entstehen, die sich in vielfältiger Weise für die Belange und Bedürfnisse der Familien engagieren. Die konkreten Planungen hierfür wird die SPD aktiv begleiten und voranbringen.

FREIHEIT DER KUNST. TEILHABE FÜR ALLE. KULTURELLE BILDUNG.

KULTUR BRAUCHT FREIHEIT.

Kulturelle Vielfalt ist ein herausragendes Merkmal unserer Stadt. Tübingen ist Kulturstadt, eine Stadt der Literatur, der Musik, des Theaters, der Festivals und Feste, der Künste, der Geschichte, der Soziokultur und der kulturellen Bildung. Es ist ein originär sozialdemokratisches Anliegen, dies alles lebendig zu erhalten, zu fördern und auszubauen.

Kultur gedeiht nur in Unabhängigkeit und Freiheit. Wer im Bereich der Kultur Leistungen erbringt, braucht Spielraum. Dafür werden wir uns weiterhin einsetzen.

GUTE ARBEIT. GUT BEZAHLT.

Garanten des Tübinger Kulturlebens sind neben hauptamtlichen Kräften vor allem die zahlreich engagierten Bürgerinnen und Bürger. Ihnen vor allen gilt Anerkennung und Unterstützung.

Künstler und Kulturschaffende müssen ordentlich bezahlt werden. Wo wir dies als Stadt beeinflussen können, legen wir Wert auf stabile Beschäftigungsverhältnisse und tarifliche Bezahlung. Auf dem Feld der Kultur arbeiten aber auch in großem Umfang Honorarkräfte. Viele Projekte oder Festivals kommen ohne diese Engagierten nicht aus. Deshalb stellt sich nicht nur im Einzelfall die Frage, inwieweit ehrenamtliches Engagement in ein sicheres Beschäftigungsverhältnis überführt werden kann. So muss zum Beispiel das Bundesarchiv für Frauengeschichte (BAF) gestärkt und professionalisiert werden, seine wichtige Arbeit kann nicht allein von Ehrenamtlichen getragen werden.

KULTUR. FÜR JUNGE ERWACHSENE.

Die Tübinger SPD verfolgt eine Kulturpolitik, die stärker als bisher junge Erwachsene anspricht und deren Lebenswirklichkeit und Bedürfnisse nicht ausblendet.

Wir sehen in der Universität mit ihren engagierten studentischen Gruppen, ihren wissenschaftlichen Angeboten und ihren räumlichen Möglichkeiten einen wichtigen Partner. Das universitäre und studentische Kulturangebot führt aber eine Art Eigenleben. Wir wollen uns deshalb für eine bessere Kommunikation und Vernetzung einsetzen.

Tübingen und das Angebot bei Nacht: Eine junge Stadt, eine Universitätsstadt zumal, muss auf das Bedürfnis der jungen Menschen nach einem Party- und Clubleben eingehen. Die Stadt und ihr Kulturleben im weiteren Sinne wären ohne all dies nicht komplett. Wir wollen aber darauf hinwirken, dass das Interesse der vielen jungen Leute und die Bedürfnisse etwa von Anwohnerinnen und Anwohnern nach Ruhe Berücksichtigung finden. Dazu bedarf es einer sensiblen Abwägung der jeweiligen Schutzgüter und Interessen und gegebenenfalls einer vernünftigen Moderation.

KULTUR. FÜR ALLE.

Förderung der Kultur heißt auch Barrieren abbauen und Teilhabe ermöglichen.

Räumliche Barrieren, man denke ans „Museum“, müssen abgebaut werden, auch Menschen mit Bewegungseinschränkungen müssen das vielfältige Kulturangebot in unserer Stadt ohne Hindernisse nutzen können.

Mit dem interkulturellen Orchester der Musikschule wurde ein erster Anlauf genommen, Integration und Kultur zu verschränken. Migrantinnen und Migranten bringen vieles mit, was das kulturelle Leben der Stadt bereichern kann.

Das Kulturleben der Stadt wird wesentlich auch von den städtischen Zuschüssen beeinflusst. Wir wollen ein sensibles, abgestimmtes Miteinander zwischen Stadt und Kulturschaffenden. Vorarbeiten unter Beteiligung aller Betroffenen sind geleistet, eine Kulturkonzeption ist erstellt. So ist ein Rahmen geschaffen worden, innerhalb dessen städtische Kulturpolitik betrieben werden kann. Wir wollen, dass dieser Prozess fortgeschrieben wird, um auf neue Impulse und Herausforderungen reagieren zu können. Der Runde Tisch Kultur leistet schon bisher gute Arbeit. Im Zusammenwirken mit der städtischen Kulturverwaltung können wir uns ein Gremium vorstellen, dessen Aufgabe es sein könnte, mit kritischem Blick Verkrustungen vorzubeugen und Innovation und Qualität zu befördern.

KULTURELLE BILDUNG.

Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten arbeiten wir daran, Kultur allen Menschen zugänglich zu machen. Einkommen und Herkunft dürfen keine Rolle spielen. Der Weg dorthin führt über eine gute kulturelle Bildung.

Deshalb fördern wir Einrichtungen wie die Volkshochschule, das d.a.i. (Deutschamerikanisches Institut), das Institut franco-allemand, die Musikschule und die Familienbildungsstätte. Sie sind wichtige Brückenbauer im Kulturleben der Stadt. Deshalb werden wir die vorbildliche Arbeit der „TüBis“ (Tübinger Bildungsanbieter) wie bisher unterstützen.

Auch die Zusammenarbeit von Kulturträgern und Schulen wird uns in der kommenden Wahlperiode beschäftigen müssen. Wir brauchen etwas wie eine Drehscheibe, eine Börse, einen Ort, wo kulturelles Angebot und kulturelle Nachfrage leicht zugänglich zusammengeführt werden. Dabei wird z.B. der Musikschule eine wichtige Rolle als Kooperationspartner zukommen, ebenso aber auch Vereinen, die historische und gesellschaftliche Themen bearbeiten.

RÄUME. FÜR KULTUR.

Die Universitätsstadt beherbergt in ihren Mauern eine unübersehbare Zahl von Räumen. Die Vernunft gebietet es, diese Räume zu erfassen und zu prüfen, ob und wie sie für die Kultur zugänglich gemacht werden können. Dies wird eine der Aufgaben sein, für deren Lösung wir uns einsetzen.

Das Gebäude der Tübinger Musikschule befindet sich in einem schlechten baulichen Zustand. Ob es mit einer Sanierung des Bestands getan ist, muss untersucht werden.

Sicher ist, dass dieser wichtige Bildungsträger eine langfristige Perspektive auch mit Blick auf seine räumliche Infrastruktur braucht. Wir wollen, dass Untersuchungen zu den Chancen und Alternativen auf den Weg gebracht werden.

Wir stehen zu unserem Ja für die Erweiterung des Sudhauses. Positive Grundentscheidungen sind gefallen. Wir werden unseren Beitrag leisten, auch die verbliebenen Hindernisse für die Realisierung zu überwinden.

Das Stadtarchiv ist auf zu viele Standorte verteilt und braucht dennoch mehr Platz und Personal. Nach unserer Vorstellung bietet sich der Güterbahnhof für eine konzentrierte und vor allem auch für eine den Bürgerinnen und Bürgern zugängliche Neuunterbringung an.

Wir haben große Sympathien für die Idee, im Güterbahnhof gemeinsam mit dem Stadtarchiv ein Lern- und Dokumentationszentrum zum Nationalsozialismus einzurichten. Es geht auf eine Initiative der SPD zurück, dass der dortige Beobachtungsstand erhalten bleibt, von dem aus russische Zwangsarbeiter bewacht wurden.

Der Plan, einen Konzertsaal beim Museum in der Wilhelmstraße (zusammen mit einem größeren Wohn- und Geschäftshaus) zu errichten, hat sich zerschlagen. Die Herausforderung ist geblieben. Tübingen braucht einen Ort, wo sich das reiche und vielfältige Kulturschaffen insbesondere auf dem Gebiet der Musik, einladend, funktionsgerecht und in zeitgemäßer Ausstattung präsentieren kann. So ist es auch in der mit breiter Beteiligung erarbeiteten Kulturkonzeption der Stadt als vordringlich beschrieben worden. In eigener Regie einen Konzertsaal zu bauen, ist vor allem finanziell eine sehr große Herausforderung für die Stadt. Wir wollen, dass diese Herausforderung auf der Tagesordnung bleibt. Die SPD fordert deshalb eine Erhebung aller Daten und Informationen, die für eine Projektierung erforderlich sind: Bedarf, Größe, Ausstattung, Funktionsvielfalt, Lage, Finanzierung. Wir können uns vorstellen, das notwendige Kapital für den Bau in einer besonderen Rücklage anzusparen. Wir sind sehr aufgeschlossen gegenüber dem Modell einer von Bürgerinnen und Bürger mitgetragenen Stiftung.

GUT WOHNEN UND LEBEN. IN TÜBINGEN.

Derzeit geht es voran mit der Stadtentwicklung. Die gewachsenen Strukturen Tübingens bedürfen der Weiterentwicklung – sozial gerecht, ökologisch verträglich und ökonomisch erfolgreich. Das gilt für die Kernstadt ebenso wie für die Stadtteile und die Teilorte. Wichtig sind uns dabei die kontinuierliche, öffentliche Diskussion und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Wenn auch vieles auf den Weg gebracht worden ist, es bleiben genügend Probleme, die nach einer Lösung rufen.

WOHNRAUMSCHAFFEN. BEZAHLBAR.

Tübingen ist eine attraktive Stadt mit einer beachtlichen wirtschaftlichen Dynamik. Entsprechend wächst die Bevölkerung. In der Folge verschärfen sich aber die Probleme, mit denen die Stadt seit langem kämpft: Der angespannte Wohnungsmarkt, das hohe Mietpreisniveau und die hohen Grundstückspreise. Vor allem das unzureichende Angebot an preislich erschwinglichem Wohnraum macht uns Sorgen.

Wir brauchen deshalb weitere Anstrengungen für den sozialen Wohnungsbau. Gefordert sind hierbei vor allem die Wohnungsbaugesellschaften, insbesondere die städtische GWG. Sie müssen die Möglichkeiten der neuen Förderprogramme des Landes nutzen.

Es versteht sich, dass dabei Familien und deren Bedürfnisse im Vordergrund stehen. Für sie vor allem muss das Angebot an preisgünstigem Wohnraum vergrößert werden. Wir müssen als Stadt dafür sorgen, dass geeignete Grundstücke für den Mehrfamilienwohnungsbau verfügbar gemacht werden, vor allem in innerstädtischen und innenstadtnahen Lagen. Investoren, die bereit sind, geförderte Wohnungen zu bauen, sollten städtische Grundstücke zu günstigeren Bedingungen zur Verfügung gestellt werden.

Es bleibt bei dem Grundsatz „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“. Die aktuelle Lage in Tübingen zeigt aber, dass auch eine Außenentwicklung mit Augenmaß möglich sein muss. Deshalb fordern wir die Entwicklung des Saiben.

Wir wollen darauf hinwirken, dass insbesondere in Neubaugebieten eine vernünftige soziale Mischung der Bevölkerungsgruppen garantiert ist. Wir brauchen Ausgleich und eine gute Wohnraumversorgung für alle. In diesem Zusammenhang streben wir bei Vorhaben von Wohnungs-

baugesellschaften und von privaten Investoren eine Quote für den sozialen Wohnungsbau an, die bei wenigstens 20 % liegen sollte.

Wir müssen uns auch um die Flüchtlinge aus anderen Ländern kümmern. Ihre Zahl ist gestiegen. Es gebietet nicht nur die Menschlichkeit, sich ihrer anzunehmen. Im Zusammenwirken mit dem Landkreis müssen wir dafür sorgen, dass Asylbewerber mit angemessenem Wohnraum versorgt werden.

Weil die Lage auf dem Tübinger Wohnungsmarkt angespannt ist, braucht Tübingen eine Wohnagentur. Besonders schwierig ist der Zugang zum Wohnungsmarkt für Haushalte mit geringem Einkommen, Menschen mit Behinderungen, Alleinerziehende, Migrantenhaushalte und große Familien. Hinzu kommt die große Nachfrage von Studierenden.

Eine Wohnagentur muss hier beraten und vermitteln, eine Datenbank und eine Wissensplattform bereitstellen – alles mit einer guten, offenen Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. Die SPD in Tübingen ist in diesem Sinne bereits aktiv geworden.

Mehr Nachdruck verdient auch die Förderung von neuen Wohnformen. Dies legt nicht nur der gesellschaftliche Wandel nahe. Das Genossenschaftsmodell muss offensiver gefördert werden, ebenso das Leben in Mehrgenerationenhäusern. Und auch dem betreuten Wohnen wird ein höherer Stellenwert zukommen. Das Modell des Bauens in Baugemeinschaften hat sich in Tübingen vorbildlich bewährt.

Und nicht zu vergessen: Wir brauchen einen Überblick über das Wohnungssegment, das zur Wohnraumversorgung obdachloser Menschen geeignet ist. Die Lage auch dieser Mitbürgerinnen und Mitbürger muss im Blick bleiben. Gutes Wohnen ist ein Elementarrecht. Wir unterstützen deshalb alle Bau- und Sanierungsmaßnahmen, die einen zeitgemäßen, nachhaltigen und ordentlichen Wohnungsstandard zum Ziel haben.

STADTPLANUNG. STADTENTWICKLUNG.

Die stadtplanerische Aufwertung der Innenstadt im Bereich des Südlichen Stadtzentrums macht sichtbare Fortschritte. Die Stadt darf nicht im städtebaulichen Stillstand verharren. Ohne Pflege und Aufwertung des öffentlichen Raums wird die Attraktivität Tübingens als Wirtschafts- und Handelsstandort leiden.

Es geht auf die Initiativen der Tübinger SPD zurück, dass all diese stadtplanerischen Maßnahmen von umfangreichen, aufwändigen Prozessen der Bürgerbeteiligung begleitet wurden. Runde Tische sowie Informations- und Diskussionsveranstaltungen werden auch künftig ein maßgebendes Element der Tübinger Stadtplanung sein.

In den großen Neuordnungsverfahren sind die Planungs- und Beteiligungsprozesse weit fortgeschritten, wenn auch nicht abgeschlossen. Betroffen sind insbesondere die Planungen für den Europaplatz, für den Güterbahnhof, aber auch für die Neuordnung des Zentralcampus in der Wilhelmstraße.

Für die Stadtentwicklung in der Südstadt ist der Bau des Schindhaubasistunnels für die B27 von höchster Bedeutung. Die SPD wird auf allen politischen Ebenen für eine möglichst rasche Realisierung der in einem beispielhaften Beteiligungsprozess entwickelten Variante werben. Der Rahmenplan „Stuttgarter Straße/Französisches Viertel“ ermöglicht es, dass in den nächsten fünf Jahren weitere Entwicklungsschritte auch vor dem Neubau der B27 in der Südstadt erfolgen können.

Wichtige Weichen für die Fortentwicklung der Stadt wurden in der vergangenen Amtszeit des Gemeinderats gestellt. Große Entwicklungsvorhaben sind auf den Weg gebracht. Die Tübinger SPD wird darauf achten, dass die Weiterentwicklung der Planungen transparent und unter Beteiligung der Bürgerschaft vonstattengeht. Dabei spielt auch die Kostenkontrolle eine wichtige Rolle.

ERFOLGREICHER WIRTSCHAFTSSTANDORT. GUTE ARBEIT.

Tübingen ist mit der Universität, dem Universitätsklinikum, dem Regierungspräsidium und dem Landratsamt sowie mit zahlreichen privatwirtschaftlichen Anbietern ein Dienstleistungszentrum mit Bedeutung weit über die Stadt hinaus. Tübingen ist aber auch Stadt der Wirtschaft, des Handwerks und der mittelständischen Betriebe, des Handels, des vielfältigen Gewerbes, der Technologie und auch der Industrie. Diese Betriebe und Unternehmen leis-

ten den wesentlichen Beitrag zur ökonomischen Stärke der Stadt und zur unbestrittenen Attraktivität Tübingens. Sie bieten Arbeitsplätze und sie tragen mit der Gewerbesteuer zur guten Haushaltslage Tübingens bei. Tübingen muss gleichwohl noch wirtschaftsfreundlicher werden. Um sich als erfolgreicher und attraktiver Wirtschaftsstandort zu behaupten, muss die Stadt Gewerbeflächen, Infrastruktur, gute Betreuungs- und Bildungsangebote und auch ausreichenden Wohnraum klug und passgenau bereitstellen.

Unternehmen brauchen Entwicklungsmöglichkeiten.Es muss deshalb sichergestellt werden, dass sich bestehende Tübinger Unternehmen entwickeln können. Deshalb gehört auch die Ausweisung neuer Gewerbeflächen zum Aufgabenspektrum der Stadt. Eine unvoreingenommene Prüfung im Hinblick auf Eignung, ökologische Bedeutsamkeit und verkehrliche Anbindung in Frage kommender Flächen entlang der B28 im Westen und B27 im Osten, in Hirschau und in Weilheim sollte deshalb rasch erfolgen.

Der Technologiepark auf der Oberen Viehweide hat sich höchst erfolgreich entwickelt und ist voll belegt. Gebraucht werden weitere Gebäude, um auch künftig Start-Ups und Unternehmensgründern aus der Sphäre der Universität Angebote machen zu können. Der Kauf der Fläche der ehemaligen Bundesforschungsanstalt ist jetzt perfekt; damit ergeben sich neue Möglichkeiten.

Unter der neuen Geschäftsführung hat die Wirtschaftsförderungsgesellschaft WIT an Profil gewonnen. Sie muss ihr Konzept an den Erfordernissen der Unternehmen ausrichten. Bei Bedarf sprechen wir uns für eine weitere Stärkung und Ausstattung der aktuell eher kleinen Gesellschaft aus, damit zusätzliche Projekte und Aufgaben in den Blick genommen werden können. Eine unter verschiedenen Aspekten sinnvolle Initiative wäre auch die Unterstützung von Unternehmungsgründungen durch Migrantinnen und Migranten oder der sogenannten Kreativwirtschaft.
Wir unterstützen die Entwicklung eines Tourismuskonzepts. Tübingen war sich zu lange selbst genug. Die großen Potentiale als Stadt für Gäste und Besucher sind aber keineswegs ausgeschöpft. Wir sprechen uns deshalb auch für ein neues Hotel aus. Die hiesige Hotellerie ist in Spitzenzeiten mehr als ausgelastet. Viele Gästemüssen außerhalb der Stadt nach Übernachtungsmöglichkeiten suchen. Das widerspricht der Bedeutung der Stadt als Touristenziel. Die Universitätsstadt muss auch ihre Tauglichkeit wenigstens für mittelgroße Kongresse beweisen. Dafür werden wir uns mit Nachdruck einsetzen.

GUTE ARBEIT. STADTVERWALTUNG MUSS VORBILD SEIN.

Die Stadtverwaltung muss in mehrfacher Hinsicht Vorbild sein. Deshalb legen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten Wert auf eine angemessene Personalausstattung. Gute Arbeitsbedingungen der städtischen Angestellten, der Beamtinnen und Beamten und der Auszubildenden müssen eine Selbstverständlichkeit sein.

Zudem verlangen wir, dass die Stadt tarifliche Bezahlung bei ihren Zuschussempfängern einfordert. Das gilt unter anderem für den Kultur- und den Betreuungsbereich. Bei Vergaben durch die Stadt ist strikt auf Tariftreue zu achten.

GUT UNTERWEGS. GUTE VERKEHRS- UND UMWELTPOLITIK

Die SPD setzt sich für eine umweltverträgliche Verkehrspolitik ein, die alle Mobilitätsbedürfnisse berücksichtigt. Wir wollen für Tübingen ein gutes Verkehrskonzept, das moderne, integrierte Verkehrssysteme etabliert. Alle müssen profitieren, Fußgänger, Radfahrer, die Autofahrer und die Nutzer des ÖPNV.

NACHHALTIGES VERKEHRSKONZEPT FÜR TÜBINGEN.

Bei der konkreten Entwicklung und Anpassung der Verkehrskonzepte hat sich die Tübinger SPD immer für ein Höchstmaß an Bürgerbeteiligung eingesetzt und auch gegen Widerstände zu verteidigen gewusst. Man muss die Bedürfnisse kennen und den Sachverstand der Bürgerinnen und Bürger nutzen, wenn man zu guten Ergebnissen kommen will.

Wir wollen, dass die bereits erfolgreich vorgenommenen Veränderungen in den Verkehrsführungen wie etwa rund um das Zinserdreieck weiterentwickelt werden. Wir werden im Gemeinderat dafür eintreten, den Einbahnstraßenring um den Botanischen Garten in den nächsten fünf Jahren aufzulösen. Das macht Wege kürzer und die Verkehrsführung logischer, vermindert den Schadstoffausstoß und

entlastet nach den vorliegenden Untersuchungen sogar die verkehrlich überbelastete Weststadt.

Die Frage nach der künftigen Verkehrsfunktion der Mühlstraße ist für uns erst dann wieder zu erörtern, wenn ein Gesamtkonzept der Verkehrsführungen erarbeitet ist. Weiterhin gilt, dass Entlastungen in einem Bereich nicht zu Belastungen in anderen Bereichen der Stadt führen dürfen.

Die Tübinger SPD wird darauf bestehen, dass alle Fragen von Verkehrsführung und von Verkehrsberuhigung in breiten Beteiligungsprozessen erörtert werden. Werden durchgreifenden Neuordnungen wie die vieldiskutierte Herausnahme der Mühlstraße aus dem Netz des Individualverkehrs entscheidungsreif vorgeschlagen, werden darüber alle Tübingerinnen und Tübinger in einem Bürgerentscheid abstimmen müssen.

In den Teilorten und Stadtteilen mit besonderen Belastungen wie z.B. Hirschau oder Lustnau setzen wir uns für Tempo 30 ein.

Das Ziel, die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zu verbessern, verlangt auch den Schutz vor Luftschadstoffen. Wir werden uns für alle Maßnahmen einsetzen, die im Rahmen der Verkehrsplanung und auch der Geschwindigkeitsbegrenzungen zu einer Verbesserung der Atemluft in Tübingen beitragen.

DEN ÖFFENTLICHEN NAHVERKEHR STÄRKEN.

Die SPD in Tübingen möchte noch mehr Menschen gewinnen, den Öffentlichen Nahverkehr zu nutzen. Im Vordergrund muss ein attraktives Mobilitätsangebot stehen. Nicht nur aus Gründen der Umweltverträglichkeit, sondern auch aus der Überzeugung, dass jede Bürgerin und jeder Bürger sich grundsätzlich frei und umweltschonend in Tübingen bewegen können sollte, haben wir uns für die Initiative „TüBus für alle“ eingesetzt. Die SPD in Tübingen fordert weiterhin die Prüfung einer Nahverkehrsabgabe, die allen Tübingerinnen und Tübingern die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs mit geringstmöglichen Kosten ermöglichen könnte. Eine Koppelung mit City-Maut-Konzepten halten wir für kontraproduktiv. Was sofort geschehen kann, sollten wir auch sofort anpacken. Erste Schritte sind getan, es gibt das Job-Ticket für die Beschäftigten der Universitätskliniken.

Die SPD in Tübingen wird weiter aktiv daran arbeiten, dem Projekt ‚Regionalstadtbahn‘ zum Erfolg zu verhelfen. Die Region wird davon profitieren, aber auch unsere Stadt. Eine Stadtbahn in und für Tübingen ist ein zukunftsweisendes Projekt, mit ihr gelänge ein qualitativer Sprung hin zu einer intelligenten, auch ökologisch und sozialverträglichen Mobilität. Planung und Realisierung setzt eine intensive Bürgerbeteiligung voraus.

KONSEQUENT IM KLIMASCHUTZ.

Die SPD in Tübingen unterstützt alle Maßnahmen, die den Klimaschutz auf lokaler Ebene fördern. Sowohl bei der Sanierung der städtischen Gebäude als auch bei Neubauprojekten der städtischen Wohnungsbaugesellschaft müssen hohe ökologische Standards gesetzt und eingehalten werden. Wir brauchen auch einen Ausbau der Beratung für die privaten Bauherren. Energiesparen und energiesparende Baustandards müssen zur Selbstverständlichkeit werden.

Die Stadtwerke Tübingen haben sich in den letzten Jahren zu einem nachhaltig orientierten Anbieter mit bedeutenden ökologischen Schwerpunktsetzungen entwickelt. Der beharrlich betriebene Ausbau der regenerativen Energieerzeugung ist längst beispielhaft. Wir unterstützen die Stadtwerke auf ihrem Weg, im lokalen Rahmen einen guten Beitrag zur Energiewende zu leisten.

VIELFALT. ZUSAMMENHALT.

Tübingen ist ein attraktiver Lebensort für Jung und Alt. Schwäbische Bodenständigkeit und bürgerschaftliche Offenheit prägen die Stadt. Weltoffenheit garantieren die Universität, aber auch die Städtepartnerschaften. Buntheit und Vielfalt zeigen sich insbesondere bei den Märkten und Festen der Stadt. Jeder, der einmal über den Umbrisch-Provencalischen Markt gebummelt ist, spürt das besondere Flair. Wir wollen, dass alle Menschen, die in unserer Stadt leben, sich in dieser Stadt wiederfinden können.

ALT WERDEN. AKTIV BLEIBEN.

Das kulturelle und gesellschaftliche Angebot ist gut, auch die gesundheitliche Versorgung nicht zuletzt dank des Universitätsklinikums. Tübingen ist ein geradezu idealer Ort, den Ruhestand zu verbringen und zu genießen.

Die Stadt muss sich rechtzeitig auf die Zunahme des Anteils der älteren Bevölkerung einrichten. Für ältere Menschen sind zum Beispiel die Sicherheit der Gehwege und Zugänge zu Einrichtungen wichtig, wohnortnahe Einkaufmöglichkeiten, bedarfsgerechte Wohnangebote, Angebote an politischer Teilhabe und Selbstverwirklichung, Angebote an ambulanten Diensten und Haushaltsservice und nicht zuletzt bezahlbare Wohnungen. Den daraus sich ergebenden Herausforderungen hat sich eine Vielzahl von bürgergetragenen Initiativen gestellt. Wir haben inzwischen den Stadtseniorenplan erarbeitet, den es umzusetzen gilt. Der Stadtseniorenrat leistet eine ausgezeichnete Arbeit, die noch mehr Unterstützung verdient. Es gibt hier noch viel zu tun.

Um ein aktives Leben auch im Alter zu gewährleisten, müssen breite Angebote der Teilhabe für ältere Bürgerinnen und Bürger erschlossen werden. Dies gilt insbesondere auch für die Gruppe der älteren Menschen mit Migrationshintergrund, die oft vor schwierigeren Herausforderungen im Alter stehen und der aufmerksamen Zuwendung bedürfen. Wertschätzung und Aktivierung erfahren ältere Menschen vor allem im Miteinander von Jung und Alt. Austausch und Anteilnahme bieten Jungen wie Alten Lebendigkeit und Lebensfreude.

Deshalb gilt es Initiativen zu unterstützen, die sich für Mehrgenerationenhäuser engagieren, für das Wohnen gegen Unterstützung und auch für eine Wohnberatung, die Wohnraum für Jung und Alt erschließt. Wir wollen, dass alternative Wohnformen erprobt werden können, z.B. auch Pflege-Wohngemeinschaften.

Vor allem auch in den Teilorten, die zum Teil noch dörfliche Strukturen bewahrt haben, müssen wir für gute Angebote für Seniorinnen und Senioren sorgen. Nur im Miteinander und Füreinander lassen sich Einsamkeit und Isolation im Alter verhindern.

Für die Tübinger SPD ist deshalb Seniorenpolitik ein zentrales Anliegen bei der Gestaltung der kommunalen Sozialpolitik.

JUNGE STADT. ENGAGIERT. FREI. VERANTWORTLICH.

Wir wollen, dass Jungsein in Tübingen Spaß macht, dass jungen Menschen vielfältige Möglichkeiten der Freizeitgestaltung zur Verfügung stehen, von den sportlichen Aktivitäten über die vielfältigen kulturellen Angebote bis hin zu attraktiven Freizeit- und Ausgehmöglichkeiten.

Lag in den vergangenen Jahren der sozialpolitische Schwerpunkt auf Kinderbetreuung und Schulen, so wollen wir künftig die Belange der Jugendlichen stärker in den Blick nehmen.

Junge Menschen brauchen eigene Plätze und Rückzugsorte. Heranwachsende Jugendliche wünschen sich nichtkommerzielle Räume. Wir unterstützen deshalb das Projekt eines Jugendcafés in zentraler Stadtlage. Es sollte am Europaplatz realisiert werden. Für eine Übergangszeit ist erfreulicherweise eine vorläufige und relativ zentrumsnahe Lösung gefunden worden. Bestehende Jugendräume, insbesondere auch in den Teilorten und Stadtteilen, müssen gepflegt und personell wie finanziell unterstützt werden. Die SPD hat sich für die Schaffung einer stadtnahen Jugendfarm ausgesprochen. Sie geht 2014 in Betrieb und ergänzt das Angebot für junge Leute und Kinder. Wir werden uns weiterhin für eine Stärkung der Jugendsozialarbeit und der offenen Jugendarbeit einsetzen. Beide Institutionen können Brücken bauen auch zu den Jugendlichen, die nicht den Weg in die Jugendhäuser finden, aber gleichwohl Unterstützung brauchen. Das Epplehaus bleibt für uns ein wichtiger Partner und ein sehr besonderer Ort für Austausch, Kreativität und Nachtleben.

Wir wissen, dass sich nicht wenige Menschen von lauten Veranstaltungen gestört fühlen. Die unterschiedlichen Bedürfnisse müssen mit einem Appell an die wechselseitige Aufgeschlossenheit vernünftig zu einem Ausgleich gebracht werden.

Alkoholkonsum auf öffentlichen Plätzen kann ein Ärgernis sein. Wir wollen aber keine Verbote, die pauschal alle Menschen treffen. Besser ist es, zielgruppengenaue Präventionsprojekte zu etablieren.

Wir schätzen besonders die Arbeit der Jugendverbände, der Sport- und der Kulturvereine. Bei der Vergabe von Zuschüssen sind Jugendförderung und Jugendarbeit ein gewichtiges Kriterium.

Zur Lebenskultur der jungen Menschen gehört auch ein attraktives Nachtleben. Dazu äußern wir uns im Abschnitt „Kultur für junge Erwachsene".

Das „ract!-Festival" repräsentiert als „Umsonst- und Draußen-Festival" mit Strahlkraft über Tübingen hinaus beispielhaft das großen kulturelle Angebote für Jugendliche. Wir wollen, dass das Festival mehr Unterstützung erfährt, als dies in den letzten Jahren der Fall war.

TOLLES ENGAGEMENT. DER JUGENDGEMEINDERAT.

Wir pflegen einen guten Kontakt zum Jugendgemeinderat, der sich bereits seit 15 Jahren hervorragend einbringt und wichtige politische, soziale und kulturelle Impulse für unsere Stadt liefert.

Wir unterstützen die vielfältigen Projekte, die vom Jugendgemeinderat initiiert und getragen werden. Zu ihnen zählen allen voran der Lilli-Zapf-Preis, der Wunschbaum oder das Southside-Battle. Die SPD möchte, dass die Arbeit der jungen Kolleginnen und Kollegen mehr Gewicht bekommt. Deshalb setzen wir uns dafür ein, das bisher nur indirekte Antragsrecht des Jugendgemeinderats zu erweitern und ihm in Zukunft ein volles, eigenes Antragsrecht im Gemeinderat einzuräumen.

INTEGRATION. OFFENE UND TOLERANTE STADT.

Tübingen ist eine offene und tolerante Stadt, die vielfältig von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte mitgeprägt ist. Zahlreiche Initiativen, Vereine, Einrichtungen und kulturelle Gruppen setzen sich für ein gutes Miteinander in unserer Stadt ein. Sie müssen verlässlich unterstützt werden. Damit Integration gelingt, muss sie auch politisch gestaltet werden. Die SPD steht zum Tübinger Integrationskonzept, das mit breiter Beteiligung entwickelt wurde. Besonders im Bereich von Wirtschaft und Arbeit muss mehr geschehen. Wir fordern eine stärkere kommunale Unterstützung über die Wirtschaftsförderungsgesellschaft WIT für Existenzgründerinnen und Existenzgründer mit Migrationshintergrund.

Auch die Stadt als Arbeitgeber muss sich anstrengen und gezielt mehr junge Leute für eine Ausbildung bei der Stadtverwaltung gewinnen. Wir brauchen mehr Zuwanderung – in die Amtsstuben!

Unseren Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen und Bildungsträgern kommt eine ganz besondere Rolle für die Integration zu. Sie tragen die Hauptlast des Spracherwerbs. Sprache ist der Schlüssel zu einer gelungenen Integration.

Wir haben lange darum gekämpft, jetzt ist er Wirklichkeit geworden. Tübingen hat einen Integrationsbeirat. Wir werden den Beirat nach Kräften unterstützen und seine Aufträge aufgreifen. Wir wünschen, dass der Integrationsbeirat ein Antragsrecht im Gemeinderat erhält.

Mehr Aufmerksamkeit und Zuwendung verdienen auch die Flüchtlinge, die die Not in unsere Stadt verschlagen hat. Die SPD hat sich schon in der Vergangenheit für die Erhöhung der Zuschüsse an das Asylzentrum stark gemacht. Es bleibt für uns eine dauernde Aufgabe, die Arbeit für Asylsuchende und Flüchtlinge auszubauen. Menschen, die ihre Heimat verlassen mussten, sollen in Tübingen Solidarität erfahren und Geborgenheit finden. Wichtig dabei ist die Vermittlung von Sprachkenntnissen, wichtig ist auch, dass Asylbewerberinnen und Asylbewerbern eine gute Wohnsituation und Möglichkeiten zur Begegnung geboten werden.

BARRIEREFREI.

Barrierefreie Teilhabe aller heißt Teilhabe all jener, die mit einer Behinderung leben oder in ihren Bewegungs- und Aktionsmöglichkeiten eingeschränkt sind. Zu oft werden ihre besonderen Bedürfnisse beim städtischen Planen und Handeln übersehen.

Inklusion und Barrierefreiheit sind ein Querschnittsthema, das sich auf alle Bereiche kommunaler Politik erstreckt. Wir wollen Hindernisse beseitigen und setzen uns ganz praktisch für einen barrierefreien öffentlichen Nahverkehr ein, für barrierefreie Zugänge zu den öffentlichen Gebäuden, insbesondere zu unseren Schulen und zu anderen Einrichtungen des Bildungs- und Kulturbereichs. Wir haben eine Erhöhung der Mittel für barrierefreie Maßnahmen durchgesetzt und wollen, dass jährliche Mittel angespart und übertragen werden können, um in der Lage zu sein, auch größere Investitionen zu bewältigen.

Die Verwendung von leichter Sprache z. B. in allen Arten von Formularen muss ernsthaft vorangetrieben werden. Komplizierte Texte erweisen sich vielfach als Barrieren. Solche Barrieren sind aufzuheben.

Das Handlungskonzept „barrierefreie Stadt Tübingen“ bietet ein auch mittelfristig tragfähiges Konzept für die Schaffung von Teilhabe von Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen. Dies muss Stück für Stück weiter umgesetzt werden. Uns ist wichtig, dass die Auswirkungen städtischen Handelns auf Menschen mit Behinderung in allen Politikfeldern berücksichtigt werden. Wir sind hier auf den Sachverstand der Betroffenen angewiesen. Bei allen Vorhaben der Stadt müssen also die Belange von Menschen mit Behinderungen mitbedacht werden. In diesem Sinne haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass in jeden städtischen Ausschuss ein Vertreter oder eine Vertreterin des Forums Inklusion entsandt wird.

GUT BEWEGT. SPORTLICHES TÜBINGEN.

In den vergangenen Jahren wurden, auch mit nachdrücklicher Unterstützung der SPD, Bau und Sanierung so vieler Sportplätze wie nie zuvor beschlossen und zum Teil bereits realisiert. Wir haben uns erfolgreich für die Sportplätze auf dem Holderfeld und in Bühl eingesetzt. Weitere Maßnahmen für Pfrondorf, Lustnau und Hirschau sind beschlossen.

Wir setzen uns aber auch für einen Bewegungsparcours ein, der speziell ältere Menschen anspricht und mit entsprechend konzipierten Spiel- bzw. Trainingsgeräten ausgestattet sein muss. Denkbar ist ein solcher Platz beispielweise auf der Wiese gegenüber dem Piratenspielplatz am Anlagensee. Dort könnte sich ein Treffpunkt der Generationen entwickeln.

Es ist nicht akzeptabel, dass Schulsportstunden wegen fehlender Hallenkapazitäten ausfallen müssen. Deshalb brauchen wir eine weitere Sporthalle nahe den Schulen der Uhlandstraße. Hier wird es in Kooperation mit der TSG Tübingen zu einer guten Lösung kommen. Mittelfristig wird eine weitere Sporthalle in der Südstadt notwendig werden.

SELBSTBEWUSSTE TEILORTE GUT FÖRDERN.

Die SPD steht zu den starken, selbstbewussten Teilorten. Sie sollen auch in ihrer Infrastruktur als eigenständige Gemeinwesen erkennbar und erlebbar bleiben. Die Rathäuser mit den Verwaltungsstellen müssen als bürgerfreundliche Anlaufstellen für die Belange des Alltags dauerhaften Bestand haben. Soweit dies mit gesamtstädtischer Unterstützung möglich ist, wollen wir uns auch für die Sicherstellung oder Wiederherstellung einer bedarfsgerechten Grundversorgung in den Teilorten engagieren. Läden, Gaststätten, Arztpraxen sind über die Versorgung hinaus auch Orte der Begegnung. Eigenständigkeit, Gemeinsinn und Engagement äußern sich auch in der wichtigen Arbeit der Ortschaftsräte, in der Bereitschaft, dem Gemeinwesen in der örtlichen Feuerwehr zu dienen oder im lebendigen Vereinswesen. Es ist ein Anliegen der Tübinger SPD, diese Kultur zu erhalten.

Zu einer guten Lebensqualität in den Teilorten zählt, dass die Menschen auch im Alter in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können. Deshalb wollen wir in möglichst vielen Teilorten das betreute Wohnen ermöglichen.

Zum Schutz und zur Aufwertung der Teilorte im Neckartal setzen wir uns für den raschen Bau der planfestgestellten B28 neu ein. Es dauert alles schon viel zu lange. Wir appellieren an die politischen Akteure, endlich anzufangen. Zum Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner entlang der Trasse muss dabei ein ausreichender Lärmschutz sichergestellt werden.

BEBENHAUSEN

Bebenhausen mit Kloster und dem Schloss ist ein Kleinod auf Tübinger Gemarkung. Mit guten, abgestimmten Lösungen für die die nicht unproblematische Verkehrssituation und für die Kinderbetreuung muss den Bedürfnissen der Bewohnerinnen und Bewohnern des kleinsten Teilorts Rechnung getragen werden.

BÜHL

Erfolgreich hat sich die SPD für einen Kunstrasenplatz und für die Breitband-Internetversorgung eingesetzt. Jetzt steht für uns die Realisierung eines wirksamen Hochwasserschutzes auf dem Programm.

Im Zusammenhang mit der B28 neu bedarf es verkehrsberuhigender Maßnahmen im Ortskern und der Sicherung der Lebens- und Aufenthaltsqualität am nördlichen Ortsrand.

HAGELLOCH

In den vergangenen Jahren hat sich die SPD erfolgreich für den Neubau einer Kindertagesstätte in Hagelloch eingesetzt. Jetzt wollen wir, dass betreute Wohnungen für Seniorinnen und Senioren entstehen. Wir hoffen, dass Hagelloch ins Programm„Entwicklung Ländlicher Raum“ aufgenommen wird.

HIRSCHAU

Hirschau ist ein schöner, lebendiger Ort. Er leidet freilich unter einem gewaltigen Durchgangsverkehr. Deshalb wird es höchste Zeit, durch den Bau der B 28 neu eine Entlastung herbeizuführen. Als einer der größten Teilorte hat Hirschau auch einen erhöhten Bedarf an altengerechte Wohnungen.

Die Tübinger Generallinie des guten Angebots im öffentlichen Personennahverkehr muss auch Hirschau zugute kommen. Hirschau braucht eine bessere Anbindung. Wir setzen uns deshalb für einen Busverkehr im 15-Minuten-Takt ein, der anderswo in der Stadt längst Standard ist.

Vor den Kindertageseinrichtungen wollen wir Spielstraßenbereiche schaffen, die ein lebendiges und sicheres Straßenleben ermöglichen.

KILCHBERG

Die Kilchberger haben mit viel eigenem Engagement und mit Unterstützung der Stadt die Dorfscheune zu neuem Leben erweckt. In den innovativen neuen Sportpark für Jung und Alt müssen so bald wie möglich die noch fehlenden Elemente für das generationsübergreifende Angebot eingebaut werden.

Der Charakter des Dorfs und das Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger drücken sich auffällig durch die vielen gepflegten und bewirtschafteten Streuobstwiesen aus. Die SPD erkennt darin eine Kultur, deren Pflege weitere Unterstützung verdient, sei es bei der Instandhaltung von Feldwegen oder sei es bei der Suche nach einem Schuppengebiet für die Obst- und Waldpfleger.

PFRONDORF

Wir wollen das Kinderbetreuungs- und Grundschulangebot in Pfrondorf weiter verbessern und sprechen uns für eine Stärkung und Neugestaltung der Ortsmitte aus. Für den großen Teilort gilt unsere Aufmerksamkeit dem Ausbau einer guten Nahversorgung. Der Bau eines Kunstrasenplatzes ist beschlossen, der Neubau eines Feuerwehrhauses steht für das Jahr 2015 an, für die Ansiedlung im zuletzt erweiterten Gewerbegebiet gibt es eine große Zahl von Bewerbungen.

Wir werden auch darauf achten, dass die Sanierungsarbeiten an der Schönbuchhalle einen guten Abschluss finden.

Pfrondorf ist ein Teilort, der auch dank eines Rahmenplans Potenziale für ein neues Wohngebiet aufweist. Die Nachfrage ist groß. Nicht zuletzt zugunsten einer vernünftigen Auslastung der vorhandenen Infrastruktur sollte jungen Familien die Chance geboten werden, sich mit ihren Kindern in Pfrondorf niederzulassen.

UNTERJESINGEN

Unterjesingen ist durch seine Ortsdurchfahrt schwer belastet. Wir wollen, dass die Idee einer überdeckten Ortsumfahrung mit Blick auf ihre ökologische Vertretbarkeit und auf ihre technische und finanzielle Machbarkeit geprüft wird. Das Verkehrsproblem kann nicht auf sich beruhen.

Vorrangig sollten innerörtliche Baulücken und Brachen aktiviert werden, um weiteren Wohnungsbau zu ermöglichen. Doch wird der örtliche Bedarf damit allein nicht zu decken sein. Deshalb hat die Ausweisung des Baugebiets „Jesinger Loch“ weiterhin seine Berechtigung. Auch hier ist auf umweltverträgliches Bauen zu achten.

WEILHEIM

Weilheim ist ein attraktiver Teilort, schön gelegen am Fuß des Rammert. Die Infrastruktur des Ortes ist gut, wir wollen sie sichern und den Ort insgesamt zeitgemäß weiterentwickeln. Auf der Tagesordnung steht der Umbau der Wilonstraße. Wir wollen auch für Weilheim prüfen, ob ein Pflege- und Seniorenzentrum eingerichtet werden kann. Ein Anliegen, das unsere Unterstützung findet, ist der Aufbau einer Essensversorgung für Schule und Kinderhaus.

So soll Tübingen sein:

OFFEN.
FREUNDLICH.
SOLIDARISCH.
EINE GUTE STADT. FÜR ALLE.

Dafür setzen wir uns ein.
Die Tübinger SPD.

SO WIRD AM 25. MAI 2014 GEWÄHLT

GEMEINDERATSWAHL

Insgesamt hat der Tübinger Gemeinderat 40 Sitze. Deshalb können 40 Stimmen verteilt werden.

Sie haben verschiedene Möglichkeiten, Ihre Stimmen abzugeben. So geben Sie der SPD Ihre Stimmen:

- Sie haben die Möglichkeit, ausschließlich den Stimmzettel der SPD abzugeben; jede Kandidatin und jeder Kandidat erhält dann genau eine Stimme.
- Sie können einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten auf derselben Liste bis zu drei Stimmen geben; dabei handelt es sich um das sogenannte „Kumulieren". Wichtig ist, dass dabei nicht mehr als 40 Stimmen vergeben werden, denn sonst ist der Stimmzettel ungültig.
- Wer mehrheitlich Kandidatinnen und Kandidaten der SPD-Liste wählen, zusätzlich aber auch einigen Kandidatinnen und Kandidaten anderer Listen Stimmen geben möchte, kann „panaschieren". Das heißt, Sie übertragen die Namen von Kandidatinnen und Kandidaten anderer Listen auf den Stimmzettel der SPD, und geben ihnen dann die gewünschte Anzahl an Stimmen. Umgekehrt können Sie auch Bewerberinnen und Bewerber der SPD-Liste auf andere Stimmzettel eintragen.

KREISTAGSWAHL

Die Stadt Tübingen befindet sich im Wahlkreis I, das bedeutet, es gibt 22 Sitze im Kreistag. Insgesamt dürfen also 22 Stimmen vergeben werden.

So geben Sie der SPD Ihre Stimmen:

- Wenn Sie den Stimmzettel ohne Kennzeichnung abgeben, dann erhalten die ersten 22 Kandidatinnen und Kandidaten genau eine Stimme.
- Sie verteilen Ihre 22 Stimmen gezielt auf einzelne Kandidatinnen und Kandidaten – jeweils maximal drei Stimmen.
- Namen von Bewerberinnen und Bewerbern der SPD-Liste können Sie auch auf einem anderen Stimmzettel eintragen und diese dort mit einer, zwei oder drei Stimmen wählen.

KONTAKT UND IMPRESSUM

SPD-Ortsverein Tübingen
Karlstraße 3
72072 Tübingen

Tel. 07071-23077
(Weiterleitung nach Stuttgart)

www.spd-tuebingen-2014.de
info@spd-tuebingen-2014.de

Herausgeber: SPD-Ortsverein Tübingen
Layout und Satz: absurd orange, Tübingen
Fotos: Matthias Betz, Steffen Haubensak. bikeriderlondon/Jens Goepfert/ Andreas Liem/racorn/Alexander Raths/ Scirocco340/shutterstock. ©iStock.com/Nikada.